

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses Treuhandanstalt (25. Ausschuß)**

**zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/5386 —

Widerruf der Genehmigung des Kali-Fusionsvertrags

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Gruppe sollte das Bundesministerium der Finanzen aufgefordert werden, die Genehmigung zur Fusion zwischen der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) und der Kali und Salz (K+S) zu widerrufen. Durch die Fusion würden auch rentable Kalibetriebe stillgelegt, was der Marktbereinigung diene und einer Wettbewerbsverzerrung Vorschub leiste. Das sei nach Artikel 85 EG-Vertrag unzulässig.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

Minderheitsmeinung im Ausschuß.

D. Kosten

Durch die Ablehnung des Antrags entstehen keine Kosten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 12/5386 abzulehnen.

Bonn, den 22. Oktober 1993

Der Ausschuß Treuhandanstalt

Arnulf Kriedner
Vorsitzender

Holger Bartsch
Berichterstatter

Ulrich Petzold

Bericht der Abgeordneten Holger Bartsch und Ulrich Petzold

I. Allgemeines

Der Antrag auf Drucksache 12/5386 wurde in der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. September 1993 federführend an den Ausschuß Treuhandanstalt und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

a) Ausschuß für Wirtschaft

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner 61. Sitzung am 20. Oktober 1993 den Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen eine Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

b) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 20. Oktober 1993 den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

III. Ausschußempfehlung

Der Ausschuß Treuhandanstalt hat in seiner 19. Sitzung am 22. Oktober 1993 die Vorlage beraten und

dabei den Antrag des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion der SPD bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion der SPD gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die Koalitionsfraktionen hoben hervor, daß der Antrag zurückzuweisen sei, da ein Widerruf der Genehmigung durch das Bundesministerium der Finanzen die Überlebensfähigkeit der deutschen Kaliumindustrie in Frage stellen und insbesondere die Arbeitsplätze in den Kalibergwerken der neuen Bundesländer gefährden würde. Zudem fehle für einen Widerruf die Rechtsgrundlage.

Weiter wiesen die Koalitionsfraktionen darauf hin, daß die bisherigen Beratungen im Ausschuß Treuhandanstalt, auch unter Beachtung der erstellten Sondergutachten durch unabhängige Gutachter gezeigt hätten, daß gegenüber der vollzogenen Fusion keine geeignete Alternative bestanden habe. Insbesondere habe es keine Beanstandungen nach Einsichtnahme von Ausschußmitgliedern in die Fusionsakten gegeben.

Der Vertreter der Gruppe der PDS/Linke Liste betonte, daß es mit dem Fusionsvertrag zu unzulässigen Wettbewerbsverzerrungen komme.

Bonn, den 22. Oktober 1993

Holger Bartsch

Ulrich Petzold

Berichterstatter

